

# Importverbot für Produkte aus quälerischer Tierhaltung

Eine breite Parteienallianz zeigt Herz für Frösche, Stopfgänse und Pelztiere

Stopfleber gilt nicht nur in Frankreich als Delikatesse. Nun soll ihr Import verboten werden, gemeinsam mit demjenigen anderer Produkte aus quälerischer Haltung.

**Kathrin Alder**

Die Herstellung von Stopfleber ist in der Schweiz verboten. Importiert und verkauft werden darf sie hingegen, und sie wird auch: Aus der Zollstatistik geht hervor, dass die Schweiz vergangenes Jahr 280 Tonnen Stopfleber eingeführt hat. Dies, obwohl Tierschutzorganisationen seit Jahren darauf aufmerksam machen, unter welch katastrophalen Bedingungen die Gänse und Enten zwangsgemästet werden.

Nun fordert eine überparteiliche Allianz ein komplettes Importverbot für Produkte, die in tierquälerischer Weise hergestellt wurden. SP-Nationalrat Matthias Aebischer hat eine entsprechende Motion eingereicht. Die jetzigen Gesetze könnten nicht verhindern, dass in der Schweiz Produkte verkauft werden, für deren Herstellung Tiere gequält werden, sagt Aebischer. «Es braucht griffigere Massnahmen, einzig ein striktes Importverbot kann dem entgegenwirken.» Es könne nicht sein, dass in der Schweiz Produkte auf den Markt kämen, deren Herstellung nicht den Schweizer Tierschutzstandards entsprächen. Dabei müssten die internationalen Verpflichtungen, insbesondere Freihandelsabkommen und die Regeln der Welthandelsorganisation, berücksichtigt werden. «Aber wir müssen den Spielraum nutzen, den wir haben.» Von einem Importverbot betroffen wären unter anderem besagte Stopfleber, aber auch Froschschinken und Pelze von Wildtieren, deren Produktionsmethoden grundsätzlich immer tierquälerisch seien, schreibt Aebischer in der Begründung.

Unterstützung findet Aebischer Anliegen bei den Tierschützern, allen voran bei der Alliance Animale Suisse, einem Zusammenschluss von vier Schweizer Tierschutzorganisationen. Dort fordert man seit längerem ein entsprechendes Importverbot. Auch der Schweizer Tierschutz teilt das Anliegen, zweifelt indes daran, dass der Vorstoss politische Chancen hat. Darüber



Ein Arbeiter stopft in einem französischen Zuchtbetrieb Enten – deren Leber gilt als Delikatesse. (Soultz les Bains, 18. November 2014)

**280** Tonnen

So viel Stopfleber von Enten und Gänsen importierte die Schweiz 2014. Die Herstellung ist hierzulande verboten.

hinaus führt Aebischer Mitstreiter aus allen Parteien ins Feld, unter ihnen auffallend viele Vertreter aus der Landwirtschaft: Bauernverbandspräsident und CVP-Nationalrat Markus Ritter hat die Motion mitunterzeichnet, ebenso Bauernverbandsdirektor und FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois. Gerade aus Sicht der Bauern gibt es neben dem Wohl der Tiere einen weiteren Grund,

ein Importverbot für Produkte zu unterstützen, die nicht nach schweizerischen Tierschutzstandards hergestellt wurden: Es geht ganz generell darum, den heimischen Markt vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.

Eine tiergerechte Herstellung koste Geld, und das schlage sich im Preis der Produkte nieder, sagt Mitunterzeichner und SVP-Nationalrat Erich von Siebenthal. Er sitzt in der Landwirtschaftskammer des Bauernverbands. Im Ausland hingegen herrschten in Sachen Tierschutz oft weniger strikte Regeln. «Es kann nicht sein, dass ausländische Produkte auf Kosten des Tierwohls bei uns den Preis drücken.» Ein Importverbot käme den Bauern also gelegen. Darauf angesprochen,

betont Bauernverbandspräsident Ritter indes, es handle sich beim geforderten Importverbot primär um ein gesellschaftspolitisches Anliegen. So würden auch die Konsumenten in Befragungen immer wieder angeben, dass ihnen das Tierwohl am Herzen lie-



**Matthias Aebischer**

ge. Aebischer ist mit seinem Anliegen nicht alleine. Die Grünen haben 100 000 Unterschriften für ihre «Fair Food»-Initiative beisammen, die sicherstellen soll, dass importierte Lebensmittel bezüglich Tierschutz- und Umweltvorschriften Schweizer Standards entsprechen.

Und was ein Importverbot für Pelzprodukte aus tierquälerischer Zucht angeht, so hat die Aargauer SP-Ständerätin Pascale Bruderer bereits vorgespurt. Kontrollen des zuständigen Bundesamts haben ergeben, dass die gesetzliche Deklarationspflicht beim Pelz im Verkauf nicht überall korrekt eingehalten wird. Deshalb fordert sie die Prüfung eines Importverbotes. Der Bundesrat hat das Postulat angenommen.

## In Kürze

### FDP-Chef Müller sistiert Wahlkampf

FDP-Präsident Philipp Müller setzt nach seinem Unfall im Aargauer Ständeratswahlkampf aus. Aus Respekt gegenüber dem Opfer werde er vorerst an keinen Podien teilnehmen, teilte Müller am Samstag mit. Seine Arbeit als Nationalrat und Parteichef setze er aber fort. Müller reagiert mit seiner Stellungnahme auf Vorwürfe, er habe sich unkorrekt verhalten, nachdem er am Donnerstag eine 17-jährige Rollerfahrerin angefahren hatte. Dazu schreibt Müller, er habe sofort die Polizei angerufen und sobald möglich mit der Familie des Opfers Kontakt aufgenommen, erst via seinen Anwalt, danach auch persönlich. (zsz.)

### Zollverwaltung sucht neuen Chef

Der Chef der Eidgenössischen Zollverwaltung, Rudolf Dietrich, geht per Ende November 2015 in Pension. Dietrich stand dem Zoll mit rund 4800 Mitarbeitern während 21 Jahren vor. Wie ein Sprecher des Finanzdepartements sagt, soll Dietrichs Nachfolge «möglichst rasch geregelt» werden. Eine Übergangslösung könne jedoch nicht ausgeschlossen werden. (pho.)

### 1400 Gesuche für neue Domain .swiss

In der ersten Woche seit dem offiziellen Start der neuen Internet-Domain .swiss haben sich 1400 Bewerber um eine neue Internetadresse bemüht. Der Bund vergibt in einer ersten Phase Domains an Organisationen und Unternehmen, die einen «berechtigten Bezug» zu einer öffentlichrechtlichen Körperschaft aufweisen oder anderweitig ein legitimes Interesse haben, über eine Internetadresse mit der Endung .swiss zu verfügen. (brk.)

### «Weltoffene Kräfte» feiern in Bern

Gut 300 Personen haben in Bern des 12. Septembers 1848 gedacht, des Tags, als die Bundesverfassung in Kraft getreten ist. Die «weltoffenen Kräfte» hätten damit vor den Wahlen ein Zeichen gesetzt, schreiben die Organisatoren. (zsz.)

## Chefarzt startet Hilfsprojekt in Eritrea

Ein Chefarzt des Zürcher Universitätsspitals plant, mit einem Team alljährlich nach Eritrea zu reisen und Neugeborene zu betreuen.

**Lukas Häuptli**

Eritreas Staatschef Isayas Afewerki herrscht mit harter Hand. Männer und Frauen werden zum Nationaldienst gezwungen, Dienstverweigerer verhaftet, Oppositionelle gefoltert und getötet. Und Afewerki schottet das ostafrikanische Land mehr und mehr von der Aussenwelt ab.

Trotz dieser Abschottung startet jetzt ein Zürcher Universitätsarzt ein Hilfsprojekt in Eritrea. «Ein Team von zwei bis drei Kinderärzten und drei Pflegepersonen wird im November einen Einsatz am Universitätsspital Asmara leisten», sagt Dirk Bassler. «Geplant ist, dass der Einsatz

rund zwei Wochen dauert und alljährlich wiederholt wird.» Bassler ist Chefarzt am Zürcher Universitätsspital und steht dort der Klinik für Neonatologie vor. Neben Bassler werden ein bis zwei Mitarbeiter der Klinik, eine Kinderärztin aus Zürich und zwei Pflegepersonen aus Deutschland am Projekt teilnehmen. Sie leisten ihren Einsatz in ihren Ferien.

«Ziel des Hilfsprojekts ist die Arbeit am Universitätsspital, aber auch die Aus- und Weiterbildung des dortigen Personals», sagt Bassler. «Wir hoffen, auf diese Weise einen Beitrag zum Überleben von Neugeborenen zu leisten.» Eritrea sei ein bitterarmes Land, dem die Ressourcen fehlten – auch im Gesundheitswesen.

Der 46-jährige Deutsche, der seit Anfang 2014 am Zürcher Universitätsspital arbeitet, ist im Sommer 2013 ein erstes Mal in Eritrea im Einsatz gestanden. Die-

ser erfolgte im Rahmen eines Projekts des deutschen Hilfswerks Archemed. «Dabei ist in mir der Entschluss gereift, mich im Rahmen meiner ärztlichen Möglichkeiten weiter in Eritrea zu engagieren», sagt Bassler. Archemed ist im Sommer 2010 gegründet worden; seither führt es in Eritrea regelmässig medizinische Hilfsprojekte durch. Es unterstützt auch Basslers Team.

In Eritrea stehen heute nur noch ganz wenige und ganz kleine Hilfsorganisationen im Einsatz. Alle anderen haben das Land verlassen, unter ihnen das Schweizerische Rote Kreuz und das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (Heks). Auch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) des Bundes stellte ihre humanitäre Hilfe in Eritrea ein, und zwar im Jahr 2006. «Wie andere Organisationen stiess die Deza bei der Umset-

zung ihrer Projekte zunehmend auf Schwierigkeiten», sagt Georg Farago, Sprecher des Aussendepartements, zu dem die Deza gehört. «Die Reisemöglichkeiten wurden stark eingeschränkt, ein Monitoring und eine Rechtfertigung der Mittelverwendung waren nicht mehr möglich.»

Wegen der politischen, aber auch der wirtschaftlichen Lage verlassen zurzeit Zehntausende Eritreer ihre Heimat. In der Schweiz haben von Januar bis August 2015 rund 7500 Eritreer ein Asylgesuch gestellt; das sind fast 40 Prozent aller Gesuche. Die allermeisten Asylsuchenden werden entweder vorläufig aufgenommen oder als Flüchtlinge anerkannt. Mittlerweile leben rund 34 000 gebürtige Eritreer in der Schweiz. Knapp 19 000 haben eine Aufenthaltsbewilligung, 15 000 befinden sich derzeit im Asylprozess.

ANZEIGE

RÉGINE GIROUD JUWELEN  
Since 1984



IHRE EXKLUSIVE ADRESSE FÜR DIE  
ATEMBERAUBENDE SCHÖNHEIT DER  
ART DÉCO SCHMUCKKUNST

IN GASSEN 6 8001 ZÜRICH  
WWW.REGINE-GIROUD.CH